Stand: 16.12.2025 07:22:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7051

"Klarheit schaffen über Belastungen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger und der öffentlichen Haushalte durch Euro-Rettungspolitik"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7051 vom 17.06.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 18.06.2015
3. Mitteilung 17/7347 vom 07.07.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 17.06.2015 **Drucksache 17/7051**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Klarheit schaffen über Belastungen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger und der öffentlichen Haushalte durch Euro-Rettungspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zeitnah und künftig regelmäßig mindestens alle drei Monate über die Auswirkungen der Euro-Rettungspolitik Bericht zu erstatten und dabei stets aktualisierte Zahlen zu insbesondere folgenden Fragen vorzustellen:

1. Welche Erkenntnisse über die Belastungen für die Bundesrepublik Deutschland der Staatsregierung vorliegen:
   a) Welche Belastungen sind bereits entstanden und entstehen für Deutschland und den deutschen Steuerzahler einschließlich der Institutionen KfW und Bundesbank durch die Unterstützung Griechenlands und die Stabilisierung des Euros, aufgeschlüsselt nach:
      – direkten und indirekten Auswirkungen von Schuldenschnitten
      – direkten und indirekten Aus,wirkungen von Rettungspaketen,
      – geleisteten bilateralen Verpflichtungen inklusive Krediten und Bürgschaften,
      – Beteiligungen an betreffenden Institutionen wie z.B. EFSM, EFSF, ESM, IWF, EZB,
      – direkten Verpflichtungen durch Kredite und Bürgschaften,
      – indirekte Verpflichtungen durch z.B. TARGET 2, Haftung für EZB-Verbindlichkeiten, Gewährleistungen für Bad Banks (FMS, EAA).
   b) Welche Erkenntnisse der Staatsregierung darüber vorliegen, wie sich die Belastungen auf
      – tatsächliche Zahlungsströme und
      – auf Haftungs- und Ausfallrisiken (mit einer Einschätzung der Eintritts- bzw. Ausfallwahrscheinlichkeit und -höhe) verteilen.
2. Belastungen für und Auswirkungen auf den Freistaat Bayern und den bayerischen Steuerzahler:
   a) Welche Auswirkungen haben die Euro-Währungskrise und die Maßnahmen zu deren Bekämpfung für die BayernLB und die bayerischen Sparkassen sowie andere Institutionen des Freistaates?
   b) Welche direkten und indirekten Auswirkungen haben die von Bundesregierung und Bundestag eingegangenen Verpflichtungen auf den Bayerischen Staatshaushalt (unmittelbar und mittelbar)?

Begründung:

Am 27. Februar 2015 hat der Bundestag der Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland zugestimmt, obwohl die zugesagte Reformagenda der griechischen Regierung mehr als schwammig und unkonkret war. Seither ringen die Euro-Staaten mit dem mangelnden Reformwillen der griechischen Regierung. Ein drittes Hilfspaket ist schon lange im Gespräch, das neue Verbindlichkeiten für den deutschen und bayerischen Steuerzahler verursachen wird. Ein Ende der Euro-Rettungspolitik ist nach wie vor nicht in Sicht und die diplomatischen Handlungsspielräume haben sich gegenüber einer populistisch agierenden griechischen Regierung stark reduziert. Da auch Bayern durch die Euro- und Griechenlandrettung unmittelbar betroffen ist, soll im Sinne der Bürgerinnen und Bürger des Freistaates größtmögliche Transparenz und Aufklärung geschaffen werden. Denn unklar ist bislang, inwieweit der Freistaat Bayern bzw. seine Institutionen direkt oder indirekt an diesen Rettungsaktionen beteiligt sind bzw. durch Auswirkungen betroffen sein könnten. Die immer neuen Entwicklungen im Bereich der Euro-Rettungspolitik erfordern eine regelmäßige Berichterstattung durch die Staatsregierung. Der Landtag muss sich als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger stets umfassend informieren. Die Dynamik der Ereignisse und Entscheidungen macht es nötig, dass der Landtag in einem ausreichend kurzen Turnus zu diesen Sachverhalten umfassend unterrichtet wird.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist keine Argumentation!)

Wenn ich draußen bei Versammlungen vollmundig sage, dass ich es für einen Skandal halte, wenn wertvolle, hochwertig produzierte Lebensmittel im Freistaat Bayern verramscht werden, bekomme ich natürlich Beifall. 51 Cent pro Liter Milch sind ein Skandal. Da klatscht jeder. Aber Ihre Äußerung bringt keinem bayerischen Landwirt mehr Geld in die Kasse, Herr Kollege Herz.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn Sie nicht kontrollieren!)

Ganz konkret: Dort, wo ein Anlass besteht, wird von uns kontrolliert.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wann?)

Aber ich sage Ihnen noch einmal, ich kann machen, was ich will, an der BGH-Rechtsprechung komme ich nicht vorbei.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Der Einstandspreis – Herr Kollege Arnold, Sie haben es sauber und differenziert dargestellt – kann künstlich heruntergerechnet werden. So ist die geltende Gesetzeslage, und das ist auch geltende Rechtsprechung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns versuchen, was das Thema Konsum und Verbraucherverhalten angeht, gemeinsam daran zu arbeiten, dass der Verbraucher ein anderes Qualitätsbewusstsein bekommt und nicht nur nach dem Preis entscheidet, dass er weiß: Die Lebensmittel sind in der Region erzeugt worden, die Qualität ist hoch, und die regionalen Wirtschaftskreisläufe – und nicht die anderen – werden durch reine Kaufentscheidung gestärkt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihre Untätigkeit … das ist alles!)

Es hilft nicht, hier populistisch zu argumentieren und dies oder jenes zu fordern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hilflos! Untätig!)

Deshalb die ganz klare Ansage: Ja zur Entfristung über das Jahr 2017 hinaus. Ich halte es für wichtig, dass dieses klare Signal hinausgeht. Deshalb danke ich für den ganz konkreten Antrag der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber die Probleme der Gegenwart …!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zum weiteren Sitzungsfahrplan: Wir werden jetzt über die drei Dringlichkeitsanträge abstimmen, und anschließend kommt die noch ausstehende namentliche Abstimmung zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7044 – das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7081 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7082 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/7045 bis 17/7051 sowie 17/7083 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Ich komme zurück zum Dringlichkeitsantrag Nummer 3 und hier zur namentlichen Abstimmung. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Einschränkung des Streikrechts in Bereichen der Daseinsvorsorge – Angriff auf die Tarifautonomie!" auf der Drucksache 17/7043. Ich eröffne die Abstimmung. Sind Sie mit drei Minuten einverstanden? – Danke schön.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.07.2015 **Drucksache** 17/**7347**

Mitteilung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/**7051**

Klarheit schaffen über Belastungen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger und der öffentlichen Haushalte durch Euro-Rettungspolitik

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 17/7051 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.